



Bürgerliche wollen das Kampfjetgeld für die Armee einsetzen

Rückzugsgefecht: Mit dem Verzicht auf neue Kampfflugzeuge soll die Armee mehr Mittel erhalten.

Christian von Burg

Geht es nach dem Willen von SVP-Verteidigungsminister Ueli Maurer, sichern ab dem Jahr 2015 nur noch 33 Kampfjets des Typs F/A-18 den schweizerischen Luftraum. Ist die Sicherheit damit noch gewährleistet? Die Meinungen sind geteilt: Der Offiziersverband spricht von einer «sicherheitspolitischen Bankrotterklärung» des Bundesrates. Ohne Ersatz der alten Flugzeuge sei es «nicht mehr möglich, den Luftschirm in der nötigen Qualität sicherzustellen». Die Gesellschaft der Luftwaffenoffiziere sieht gar «die Abschaffung der Luftwaffe» eingeleitet.

Es gibt verschiedene Sicherheitsexperten, die das anders sehen. Hans-Ulrich Ernst etwa, bis 1996 Generalsekretär des Militärdepartementes, hält 33 Jets für «bei weitem genügend», um etwa einen Terroristen mit einem Flugzeug am Eindringen in einen gesperrten Luftraum zu hindern. Er weist darauf hin, dass Österreich seinen dreimal grösseren Luftraum mit 15 Eurofightern schützt. Und das Baltikum an der Grenze zu Russland mit viermal grösserem Luftraum werde von einem deutschen Geschwader mit 25 Jets gesichert.

Dennoch stösst der kalkulierte Paukenschlag von Ueli Maurer vielen Politikern sauer auf. Hans Altherr (fdp, AR) zum Beispiel, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) des Ständerates, hält Maurers Vorgehen für «absolut daneben». Die Kollegialität sei einmal mehr gebrochen, der Bundesrat stehe jetzt massiv unter Druck und könne gar nicht mehr frei entscheiden.

Inhaltlich zeigen viele Parlamentarier aber Verständnis für Maurers Antrag, die Beschaffung der neuen Flugzeuge zu stoppen. Ins Zentrum der Diskussion rücken jetzt die Mittel, die mit einem Verzicht auf die Beschaffung frei werden. Für die Linke ist klar, dass dieses Geld wieder in den Bundeshaushalt zurückfliessen muss. «Das Thema ist ja nicht vollends vom Tisch», sagt Hans Widmer (sp, LU), «spätestens für den Ersatz der F/A-18 brauchen wir das Geld wieder.» Für viele bürgerliche Ratsmitglieder hingegen ist klar, dass das Geld im VBS bleiben muss. Jahrelang sei beim Militär gespart worden. Die desolante Situation bei der Logistik und in anderen Bereichen der Armee zeige, dass man an einem Wendepunkt angekommen sei. «Die Armee braucht wieder mehr Geld», sagt der Zürcher SVP-Mann Toni Bortoluzzi. Er geht davon aus, dass Maurers Antrag sowohl im Bundesrat wie auch im Parlament eine Mehrheit bekommt.

Nicht kampfflos

Verschiedene Politiker der FDP, CVP aber auch SVP wollen den Kampf für einen teilweisen Ersatz der alten Tiger-Flotte noch nicht aufgeben, wie sie beteuern. Wahrscheinlich liefern sie aber nur verbal harte Rückzugsgefechte; etwa der Basler FDP-Nationalrat Peter Malama, der dem SVP-Verteidigungsminister jegliche «Glaubwürdigkeit» abspricht. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter hat angekündigt, zumindest für einen abgespeckten Ersatz der alten Tiger-Flotte zu kämpfen.

Unterstützung bekommt er von Pius Segmüller (cvp, LU), der die Beschaffung nicht mehr weiter hinauszögern will: «Wir müssen jetzt in den sauren Apfel beissen, denn in zwei bis drei Jahren haben wir eher noch weniger Geld als heute.» Segmüller zeigt sich «in grosser Sorge über die Verteilungskämpfe innerhalb der Generalität». Die Armee brauche insgesamt wieder mehr Geld.

Angesichts der knappen Finanzen besinnen sich Sicherheitspolitiker aus SP, CVP und FDP auf einen weiteren, neutralitätspolitisch heiklen Vorschlag zur Sicherung des Luftraumes: Die bisherigen Abkommen mit den Nachbarländern zur Zusammenarbeit bei der Luftpolizei könnten vertieft und auf die gemeinsame Anschaffung von Flugzeugen ausgedehnt werden. «Es wäre eine Ironie der Geschichte», sagt Malama, «wenn ausgerechnet der SVP-Verteidigungsminister mit seinem Entscheid uns in ein Bündnis mit den Nachbarstaaten bringen würde.»

Konsternation bei Anbietern

Gross ist die Konsternation derweil bei den verschiedenen Anbietern neuer Kampfflugzeuge. Sie haben zweistellige Millionenbeträge in den Sand gesetzt. Eine Schadenersatzklage gegen die Schweiz ist kein Thema. Die Schweiz hat sich mit einem entsprechenden Passus im Vertrag für den Fall eines totalen Rückzugs aus dem Geschäft dagegen abgesichert. Zudem wäre es für künftige Geschäfte mit der Schweiz abträglich, zum jetzigen Zeitpunkt finanzielle Forderungen zu stellen.



Kommentar

Daniel Foppa

Maurers Knüller mit Kalkül

Wo gibt es so was? Der Verteidigungsminister selbst hintertreibt ein Rüstungsgeschäft. Ueli Maurer beweist damit Realitätssinn: Für die luftpolizeilichen Aufgaben reichen die vorhandenen 33 F/A-18-Jets aus. Ein Ersatz der 54 Tiger-Jets, die primär bei einem Angriff auf unser Land zum Einsatz gekommen wären, ist angesichts der Bedrohungslage nicht dringend.

Maurers Antrag zeugt aber vor allem von taktischem Geschick. Mit einer dramatischen Verzichtsplanung will er Politik und Öffentlichkeit zeigen, wie schlimm es um die finanzielle Situation der Armee steht. Sein Kalkül wird wahrscheinlich aufgehen: Der Grossteil des 2,2-Milliarden-Flugzeugkredits wird der Armee erhalten bleiben. Gleichzeitig ist die Jetbeschaffung nicht vom Tisch, sondern bloss verschoben. Um das Jahr 2025 werden die F/A-18 ausgemustert. Dann wird mit dem Argument, die Schweiz könne auf eine Luftpolizei nicht gänzlich verzichten, problemlos eine Mehrheit für neue Jets zu finden sein.

Maurer will mit der Geldspritze für

die Armee Mängel bei der Logistik und der Ausrüstung beheben. Das ist nachvollziehbar: Die jetzige Armee wurde mit einem Jahresbudget von 4,3 Milliarden Franken geplant, nun stehen ihr noch 3,8 Milliarden pro Jahr zur Verfügung. Mit Blick auf die Bedrohungslage und den Finanzhaushalt des Bundes ist jedoch auch das reduzierte Budget nicht mehr zu rechtfertigen.

Darum ist es falsch, nun bloss Löcher zu stopfen und an der Grundkonzeption der Armee nichts zu ändern. Die Zukunft gehört einer Armee, die international kooperiert und die kleiner ist. Wenn die Soldaten weniger lang Dienst leisten und diesen zudem am Stück absolvieren, senkt das die Betriebskosten massiv.

Im Moment sieht es nicht danach aus, dass Ueli Maurer so tiefgreifende Reformen anstrebt. Doch der Verteidigungsminister hat trotz rhetorischer Zugeständnisse an die SVP-Basis mehrfach bewiesen, dass er nicht davor zurückschreckt, von festgefahrenen Positionen abzurücken. Davon zeugt der Verzicht auf den Flugzeugkauf. Mit weiteren Überraschungen kann gerechnet werden.